

## Hitzefrei, Energie und Ärger über die CSU

Andreas Abel ärgert sich heute in der Morgenpost darüber, dass mindestens fünf Senatsverwaltungen ihren Mitarbeitern in der letzten Woche ab 14 Uhr hitzefrei gewährt haben. „Das verwundert aus zwei Gründen“, schreibt Abel. „Erstens gibt es keine allgemeingültige Regelung für die Berliner Verwaltung, jeder Senator kann offensichtlich Gesundheits- und Arbeitsschutz nach seinem Gusto interpretieren. Zweitens wurde der Belegschaft dieses pauschale Geschenk auf Kosten der Steuerzahler gemacht – ohne, dass es darüber eine öffentliche Diskussion oder auch nur eine Information gab.“

Der richtige Weg wäre gewesen, sagen wir, es den Beschäftigten frei zu stellen und den früheren Dienstschluss in den Gleitzeitbogen einzutragen. Es ergibt sich immer eine Möglichkeit, irgendwann mal länger zu arbeiten. Pauschales Hitzefrei in der öffentlichen Verwaltung ist schon allein deshalb das Gegenteil von schlau, weil der Ruf ohnehin nicht der beste ist. Vielmehr sollte es eine Kampagne geben, die da heißt: Wir arbeiten für Sie auch bei Hitze.

Das schlechte Image des öffentlichen Dienstes ist zum großen Teil unberechtigt. Es gibt aber immer wieder Ärger, weil vieles zu lange dauert und man kaum zeitnahe Termine bekommt. Das Negative wird immer nach oben gezogen. Deshalb ist es wichtig, die Bürger und vor allem andere Arbeitnehmer, die sich kühle Gedanken machen, aber nicht nach Hause gehen dürfen, nicht noch zusätzlich zu verärgern. „Hitzefrei ist aber ein falscher Weg“, beschließt Andreas Abel seinen Kommentar.

Genauso unverständlich ist es, dass Berlin seine „umwelt- und klimapolitischen Ziele für 2025 verfehlen“ wird, wenn „Politik, Verwaltung und Unternehmen nicht deutlich schneller vorankommen“, heißt es heute in der Berliner Morgenpost. Die IHK hat einen „Green Economy Index“ erstellt. „Anhand von 28 Indikatoren misst diese Studie, wie sich entscheidende Felder der grünen Wirtschaft entwickeln.“ Zu 37 Prozent seien die Ziele erreicht worden, vor zwei Jahren waren es 31 Prozent. „Der positive Trend kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in einigen Bereichen noch großen Aufholbedarf gibt“, sagte IHK-Hauptgeschäftsführer Jan Eder der Berliner Morgenpost.

„Während Berlin in der Wasserwirtschaft eine hohe Qualität aufweist und die Ziele schon fast erreicht sind, hat sich die Lage beim Thema Energie sogar verschlechtert. Der Anteil erneuerbarer Energien

stagniert, der Ausbau der Fotovoltaik kommt zu langsam voran, der Heizenergieverbrauch der Gebäude sinkt fast gar nicht. Im Energiesektor sind die angepeilten Ziele sogar weiter entfernt als vor zwei Jahren.“

„Schwierig ist die Lage auch beim Thema Mobilität. Der Anteil des individuellen Autoverkehrs ist in Berlin aus Sicht der IHK immer noch zu hoch. Das Carsharing stagniert und liegt weit hinter der Zielmarke zurück. Das Gleiche gilt für den Einsatz von Elektroautos. 50.000 E-Autos gelten als Ziel für 2025, derzeit sind 2100 in Berlin gemeldet. Die Umsetzungsprobleme hemmen das Wachstum der Berliner Umweltwirtschaft, zu der die IHK mehr als 8.000 Firmen mit 80.000 Beschäftigten und 22 Milliarden Euro Umsatz zählt.“

### Niedersachsen sauer auf Bayern

Deutliche Worte findet Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) für die bayerische CSU im Tagesspiegel. „Seehofer und Söder haben hemmungslos das Geschäft der AfD betrieben. Ich finde das widerlich“, sagte er dem Tagesspiegel. Er sei „stocksauer“ auf die CSU, die das Ansehen der Bundesregierung nachhaltig beschädigt habe. Die SPD hingegen habe sich in der Zeit des Unionsstreits „maximal verantwortungsbewusst“ verhalten, „bis an die Schmerzgrenze und darüber hinaus“. Weil warnte aber auch: Das könne die Union der deutschen Sozialdemokratie nicht noch einmal zumuten.

Auch Vertreter der Union kritisieren die CSU. „Nach Einschätzung von CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hat der Asylstreit auch bei den beiden Schwesterparteien Verletzungen hinterlassen. ‚Die Art und Weise, wie wir gestritten haben, lässt am Ende nur Verlierer zurück‘, sagte Kramp-Karrenbauer der ‚Rheinischen Post‘.“ Und der frühere CSU-Finanzminister Theo Waigel mahnte in der ‚Passauer Neuen Presse‘, so eine Auseinandersetzung dürfe sich nicht wiederholen.

Im Tagesspiegel-Interview sagte Stephan Weil: „Deutschland hat ein Rassismus-Problem, das lässt sich nicht leugnen.“ „Das wachsende Misstrauen und die Ablehnung von Menschen mit Migrationshintergrund bedrücke ihn sehr. ‚Die deutsche Mehrheitsgesellschaft darf unser Rassismus-Problem nicht länger ignorieren oder verharmlosen‘, forderte Weil.“

Das sehen 64 Prozent der Deutschen ebenso, wie Infratest dimap für den ARD Deutschlandtrend herausgefunden hat.

*Zusammenstellung Ed Koch*